



**Niederschrift über die Sitzung des  
Umwelt- und Verkehrsausschusses am 25. Februar 2019**  
im Sitzungssaal des Landratsamts in Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Dr. Sigel

Die Ausschussmitglieder: Kreisräte/innen:

Jäger, Beutel, Häußermann, Heissenberger, Hundt, Theile, Metzger	(CDU)
Riedel, Schäf, Wörner, Berger	(SPD)
Ulrich (ab 15:15 Uhr), Dannenmann, Heid, Ostfalk	(Freie Wähler)
Dr. Fleischer, Sturm (ab 14:35 Uhr), Härtner (bis 16:40 Uhr)	(GRÜNE)
Hofer	(FDP-FW)
Heide	(AfD/ Unabhängige)
Bezler	(Linke/ÖDP)

Die stv. Ausschussmitglieder: Haußmann (FDP-FW)

Entschuldigt: Wilhelm, Treiber (FDP-FW)

Ferner:

Finanzdezernent Schäfer	
Erster Landesbeamter Kretschmar	
Verkehrsdezernent Dr. Zaar	
Herr Hein, Leiter Straßenbauamt	(Top 1 u. 2)
Herr Beyer, Verband Region Stuttgart	(Top 4.3.)
Herr Stuber, Leiter Landwirtschaftsamt	
Weitere Mitarbeiter/innen	
Presse	

Die Schriftführerin: Kreisinspektorin Zaiss

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 16:50 Uhr

**§ 1**Investitionsvorhaben bei der S-Bahn StuttgartDrucksache 2019/003

Landrat Dr. Sigel eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass sich die Kreisräte Frau Wilhelm und Herr Treiber entschuldigt haben. Für Frau Wilhelm sei Herr Hoffmann heute mit anwesend und Herr Ulrich habe angekündigt, später dazu zu kommen. Die Tagesordnung sowie die Unterlagen seien fristgerecht versandt worden, außerdem sei sich bemüht worden den einen oder anderen Haushaltsantrag abzuarbeiten.

Laut Landrat Dr. Sigel bringe der öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) dieses Jahr historische Veränderungen mit sich. Die letzten fünf der dreizehn Linienbündel im öffentlichen Busverkehr, würden im Laufe des Jahres nach wettbewerblichen Verfahren auf die Straße gebracht. Zum 1.1.2019 wäre bereits fünf Busbündeln der Betrieb aufgenommen worden. Nach Anfangsschwierigkeiten schein es jetzt ganz gut zu laufen. Er sei den Unternehmerinnen und Unternehmern dankbar, die zusammen mit den Städten, Gemeinden und dem Kreis bemüht seien, die besten Lösungen bei Problemen zu finden.

Ein weiteres wichtiges Thema sei die Tarifzonenreform welche am 01. April 2019 umgesetzt werde, zusammen mit den deutlichen Verbesserungen von Busverkehrsleistungen an Wochenenden und in den Schulferien, insbesondere im ländlichen Raum. Zudem werde die Taktung der S-Bahnen sukzessive auf einen ganztägigen 15-Minutentakt ausgeweitet. Auch infrastrukturelle Maßnahmen bei der S-Bahn werde man jetzt auf den Weg bringen. Alle Akteure: der Verband Region Stuttgart (VRS), die Landeshauptstadt Stuttgart und die Verbundlandkreise hätten sehr gut zusammengearbeitet und die Verbesserung des ÖPNV in den Mittelpunkt gestellt. Man sei dabei den ÖPNV nachhaltig zu verbessern und oder zukunftsfähig auszurichten. Landrat Dr. Sigel begrüßt Herrn Beyer, welcher als Vertreter des VRS hier sei.

Herr Dr. Zaar erklärt, dass die Kreisverwaltung versuche die Verkehrsprobleme von allen Seiten zu bekämpfen. Gegen die S-Bahn Verspätungen könne der Kreis mit seinen Bussen allerdings nur

schwer ankämpfen. Die Verspätungen der S-Bahnen seien ärgerlich und würden durch einige Faktoren wie Baustellen oder auch Taktverdichtungen hervorgerufen werden. Auch die steigende Anzahl von Fahrgästen würde dazu beitragen. Man gehe davon aus, dass mit der Tarifzonenreform, bei welcher die Preise deutlich gesenkt werden, die Fahrgastzahlen nochmals steigen. Es sei unumgänglich, zeitnah in das Fahrmaterial und die Infrastruktur der S-Bahn zu investieren. So sollen beispielsweise 58 neue S-Bahnwagen angeschafft und die Signaltechnik erneuert werden. Dies seien Investitionen in einem Volumen von ca. einer Milliarde Euro. Um dieses stemmen zu können, sei es unabdingbar, alle Fördermöglichkeiten auf Bundes- und Landesebene auszuschöpfen. Wenn dies gelänge, müsse der Rems-Murr-Kreis, trotz der hohen Investitionssumme zwischen 2021 und 2031 „nur“ mit einem jährlichen Beitrag von 1,5 Millionen bis 2 Millionen Euro rechnen. Für einen gut funktionierenden ÖPNV sei dies allerdings gut angelegtes Geld.

Herr Beyer, VRS, erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Landrat Dr. Sigel dankt für diesen schönen und gleichzeitig kompakten Überblick. Man könne sowohl die Tarifzonenreform als auch die Investitionen in die Infrastruktur gleichzeitig stemmen. Beide Maßnahmen griffen ja ineinander. Mit Bund und Land sei sehr erfolgreich verhandelt worden und man hoffe, dass auch alle zu ihren Zusagen stehen.

Kreisrat Härtner beschreibt, dass er selber Bus und S-Bahnbenutzer sei und sich fast permanent über die Probleme des ÖPNVs ärgere. Er fahre jeden Morgen von Aspach nach Feuersee. Vor der Umstellung habe er morgens zu 80 Prozent den Eilzug erreicht, seit der Umstellung habe er es lediglich 3-mal geschafft. Seit dem Wechsel des Busunternehmers würden die Busse unpünktlicher fahren. In den unterschiedlichen Gremien, in welchen er tätig sei, würde immer auf den Kreis als Zuständiger hingewiesen werden. Dieser gebe sich sicherlich Mühe, gut zu kommunizieren, aber es gebe keinen Ansprechpartner, an den man sich bei Problemen wenden könne. Er wünsche sich einen Kummerkasten für ÖPNV-Fahrgäste in Backnang. Wenn er nämlich persönlich beim Betriebshof vorbeigehe, heiße es, er solle eine E-Mail schreiben einen Kummerkasten hätte man nicht. Während es früher in den Bussen Anzeigen über Uhrzeit, Ankunft und Ähnliches gab, seien diese inzwischen nicht mehr vorhanden. In Schöntal würden sich die Menschen vom Bus abgehängt fühlen, das Ruf-Taxi gebe es zwischenzeitlich auch nicht mehr.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am 25.02.2019

Seite 4

Öffentlich

Landrat Dr. Sigel führt zu Kreisrat Härtners Aussage aus, dass er bewusst nichts schönreden wolle, weshalb er auch gesagt habe, dass die Busverkehre nach den Betreiberwechseln zum Teil holprig losgegangen seien. Die Altunternehmer hätten die Verkehrsleistungen jahrelang erbracht. Bei der Inbetriebnahme durch Neuunternehmer sei es dann leider zu Problemen gekommen. In Sachen Kummerkasten fühle sich auch Herr Dr. Zaar berufen, Probleme zu lösen. Was man nicht vergessen dürfe sei, dass viel mehr Buskilometer auf die Straße gebracht werden. Auf der anderen Seite seien sicherlich aber auch liebgewonnene Busverbindungen weggefallen. Bei Ruf-Taxis habe man eine einheitliche Bestellnummer installiert und den Komfortzuschlag gestrichen, so dass eine Zahlung zum VVS-Tarif nicht mehr erforderlich sei. Das aktuell größte Problem seien die neuerdings geforderte Entlohnung nach Tarif, weshalb es sich oftmals für Taxiunternehmer nicht mehr lohne, Ruftaxileistungen anzubieten. Beschwerden sollten laut Landrat Dr. Sigel bitten an das ÖPNV-Amt des Landratsamtes gerichtet werden, dort werde man sich schnellstmöglich um die angezeigten Probleme kümmern.

Herr Dr. Zaar erklärt, dass der organisatorische Verwaltungswahnsinn hinter den europaweiten ÖPNV-Vergabeverfahren von vielen unbemerkt geblieben sei. In der Nacht vom 31.12.2018 auf 01.01.2019 seien über 30 Prozent der Verkehrsleistungen in den VVS-Verbundlandkreisen in großen Teilen an Neubetreiber übergegangen. Katastrophale Wetterverhältnisse, neue Busfahrer mit schlechten Ortskenntnissen führten zwangsläufig zu Problemen. In Waiblingen seien die Probleme inzwischen weitestgehend behoben. In Backnang gebe es bereits erste Treffen, um die Probleme dort zu besprechen, hier sei man bereits auf einem guten Weg.

Landrat Dr. Sigel sagt, man wolle nichts schönreden, vielmehr das Beste daraus machen.

Kreisrätin Sturm fragt, was jetzt mit anderen Orten wie Schöntal sei, bei denen ein Ruftaxiangebot nicht aufrechterhalten werden könne.

Herr Dr. Zaar führt aus, dass Ruftaxiausschreibungen erfolglos geblieben sind. Ruftaxiverkehre seien für die Taxiunternehmen offenbar zunehmend wirtschaftlich nicht mehr zu betreiben. Auch die Stadt Backnang bemühe sich, einen Betreiber für die Ruftaxiverkehre nach Schöntal zu finden. Grundsätzlich müsse bei wegfallenden Ruftaxiverkehren jeder Fall einzeln bewertet werden. Ob ein

Ruf-Taxi sinnvollerweise durch einen Bus ersetzt werden sollte, hängt vor allem von der Inanspruchnahme ab. Wenn ein Ruftaxiangebot beispielsweise nur zu 5 Prozent abgerufen wurde, sei es sicherlich nicht sinnvoll dieses durch einen Standardbus zu ersetzen.

Kreisrat Jäger teilt zu den Investitionsvorhaben der S-Bahn mit, dass ihm beim Durchlesen der Sitzungsvorlage zwei Worte eingefallen seien, zum einen „schlimmer geht nimmer“ zum anderen „besser spät als nie“. Wenn man sich die nicht ganz unbegründete Kritik der letzten Zeit anhöre zum Service, der Pünktlichkeit, dem Zustand der Bahnen sowie den Platzverhältnissen in den Bahnen, dann müsse man sich jetzt dafür einsetzen, dass diese Themen jetzt angegangen würden. Das ETCS (European Train Control System) welches in verschiedenen Bereichen schon getestet wurde, sei eine gute Sache. Der Spruch „Besser spät als nie“ habe er gesagt, weil die Fahrgastzahlen schon länger steigen würden und man erst jetzt erwäge etwas dafür zu tun. Seine Fraktion geht davon aus, dass die Einführung von ETCS nicht auf Kosten der Sicherheit gehe. Er sehe nämlich dem Autonomen-Fahren kritisch entgegen. Er bittet um eine Erläuterung, was der Begriff der „überschlagene Wende“ in der Vorlage bedeute. Kreisrat Jäger findet es gut, dass man das Thema „Infrastruktur“ jetzt angehe.

Kreisrat Dannenmann freut sich über den S-Bahn-Erfolg, da hätte man gar keine Tarifzonenreform gebraucht, die Fahrgastzahlen würden auch so ansteigen. Die Investition seien notwendig. Er sei auf einen Punkt auf Seite 5 gestoßen. Er sei stutzig an wen die Zuschüsse des Landes verteilt würden. Er sehe die 2 Millionen Kostenbeteiligung des Kreises als überschaubar an.

Landrat Dr. Sigel nimmt Bezug auf Seite 5 der Drucksache.

Kreisrat Riedel erklärt, dass man hoffe, dass das ETCS funktioniert, nachdem es nun schon so lange im Gespräch sei. Die Infrastruktur sei malad, bis S21 in Betrieb gehe. Er fragt, was man mache, wenn S21 am Flughafen im Jahre 2025 immer noch nicht verwirklicht sei.

Kreisrat Haußmann kritisiert, dass man im Thema Barrierefreiheit noch mindestens 20 Jahre brauche, bis man so weit sei. Der VRS solle das mit mehr Elan angehen. Außerdem solle man mehr Park & Ride Parkplätze schaffen. Er wirft ein, dass es beim Ausbau der S-Bahn zu Konflikten mit den Busbetreibern kommen werde. Er habe Bedenken, dass man 600 Millionen investiere und man

trotzdem in mehr Konfliktsituationen hineingerate. Die S-Bahnen seien nicht mehr so pünktlich, wie man sich das wünschen würde. Kreisrat Heide findet die Aufteilung der Gesamtkosten in Züge und ETCS interessant. Und meint, dass man die Flaschenhalse geerbt habe. Der VRS solle dies selber beheben, vor allem da die Stadt Stuttgart inzwischen annähernd schuldenfrei sei. Er frage sich außerdem, warum man dies nur zur Kenntnis bekomme und ob es überhaupt zulässig sei, dass eine andere Verwaltung Kosten beschließe, welche der Kreis zu tragen habe. Kreisrat Heide findet es schade, dass man von der umfangreichen Planung nichts mitbekommen habe.

Landrat Dr. Sigel antwortet, dass eine Körperschaft von anderen Geld einsammeln könne. Das würde der Kreis auch jährlich mit seinen Städten und Gemeinden machen. Die Verband- und Verkehrsumlage funktioniere auch genau in diesem System. Allerdings wurde man sehr spät und kurzfristig informiert, was für den Kreis aber in dieser Situation nachvollziehbar gewesen sei. Bezüglich der Frage, wer sich an was beteilige, sei man erst zu einem späten Zeitpunkt zu einem Abschluss gekommen. Unglücklich war jedoch, dass die Fahrzeuge jetzt relativ zeitnah bestellt werden mussten, da sonst eine Bestelloption ausgelaufen wäre. Unter dem Strich sei es das Richtige gewesen.

Herr Dr. Zaar erklärt, dass ein Gutachten, ob ETCS auch bei Kurzstrecken eingesetzt werden könne, erst sehr spät fertig wurde. Aktuell werde ETCS nur im Hochgeschwindigkeitsverkehr eingesetzt. Auf der Neubaustrecke München – Berlin sei dies der Fall. Der Gutachter sei zu einem positiven Ergebnis gekommen.

Landrat Dr. Sigel führt zu der Finanzierungsleistung im ÖPNV durch die Landeshauptstadt Stuttgart aus, dass man berücksichtigen müsse, dass die Landeshauptstadt auch Leistungen für die Bürger der Verbundlandkreise mit erbringe.

Herr Beyer verweist darauf, dass wenn man nicht jetzt entschieden hätte, die Fahrzeuge zu bestellen, dann hätte man eine komplett neue Fahrzeuggeneration abwarten müssen und die Fahrzeuge hätten vermutlich erst 2025 geliefert werden können. Ein S-Bahnfahrzeug könne man nicht einfach kaufen, man müsse vielmehr schauen, ob es aktuell zugelassene Fahrzeuge gebe. Der Fahrzeugkostenanteil liege bei ca. 420 Millionen Euro. Auf den Fahrzeuganteil müsse man dann noch die Kosten für das ETCS dazu rechnen. Zusätzlich zu ETCS baue man auch ein so genanntes ATO-System ein, was zur Unterstützung des Fahrpersonals diene. Damit beschleunigen und bremsen

die S-Bahnen automatisch. Zugführer seien aber auf den Bahnen. Das System ETCS + ATO sei sicherer als der manuelle Betrieb. Man versuche zusammen mit S21 in Betrieb zu gehen. Zusätzlich soll es später eine Verlängerung der Ausstattung über die Stammstrecke hinausgeben. Herr Beyer steigt nochmal in die Präsentation ein. Mit der Überschlagnende Wende werde, dass S-Bahnssystem stabilisiert. Wenn man umlauftechnisch für eine Wende nur wenige Zeit habe, sei es aus Gründen der Pünktlichkeit sinnvoll, am Endbahnhof einen zweiten Zug bereits stehen zu haben. So habe man auch die Möglichkeit im Fall einer Verspätung mit dem zweiten Zug pünktlich abzufahren, so dass sich keine Verspätung aufsummiere.

Herr Bezler fragt zu der S2, ob diese auch weiterhin über Hauptbahnhof geführt werden solle. Außerdem wolle er wissen, ob mit dem ETCS der Fahrplan eingehalten werden könne und ob damit auch die Schnellzüge ausgestattet werden sollen. Er kritisiert, dass Verspätungen oft nur auf Nachfrage Fahrgästen bekannt gemacht würden.

Kreisrätin Sturm erklärt, dass dies mit der Finanzierung so eine Sache sei. Man würde der Bahn das ETCS finanzieren, es sei aber geplant, dass die Bahn später die Züge dann wieder übernehme. Es sei doch nicht die Aufgabe der Bahn, für Pünktlichkeit zu sorgen. Langzüge seien schon mal gut. Auf der Stammstrecke könne man schon auch schneller fahren, deutet Kreisrätin Sturm an. Derzeit herrsche ja schon eine „ruppige“ Fahrweise. Dazu liege noch Gepäck und Taschen auf dem Boden. Das solle man noch in den Griff bekommen, denn wenn jemand dadurch verunglücke, habe man auch nichts gewonnen. Im Großen und Ganzen sei dies aber eine gute Sache.

Landrat Dr. Sigel erläutert, dass der Kreis nicht das ETCS finanziere, dies sei Sache von Bund und Bahn, die eine Modellregion etablieren würden. Man sei stolz darauf, dass man erreicht habe, dass die Region Stuttgart zur Modellregion für ETCS werde. Die neuen Fahrzeuge müsse dafür eben mit ETCS ausgestattet werden.

Herr Beyer antwortet noch auf die Fragen und erklärt, dass man immer über die Stammstrecke einfahren werde. Für verspätete Züge seien viele Faktoren verantwortlich. Man sei jetzt allerdings auf dem richtigen Weg und versuche Verspätungen abzubauen und die Stammstrecke zu stabilisieren. Man wolle die Geschwindigkeit bei Brems- und Beschleunigungsvorgängen anpassen. Geschwindigkeitserhöhungen sollen nur bei Verspätungen eintreten.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am 25.02.2019

Seite 8

Öffentlich

Kreisrat Riedel führt aus, dass er sehr aufmerksam die Antworten verfolge. Es wurde vom Gremium der integrale Fahrplan angesprochen und diese Frage wurde einfach nicht beantwortet, weil dieser, nach Meinung von Kreisrat Riedel gar nicht komme.

Herr Beyer erklärt, dass der Inbetriebnahme-Fahrplan der S21 derzeit abgestimmt werde und sich in Konstruktion befinde.

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass der Kreis derzeit viel für den Busverkehr mache, mithilfe die S-Bahnen mit neuen Fahrzeugen auszustatten und die Tarifzonenreform mitgestaltet habe. Seiner Meinung nach sei man dabei, sich im ÖPNV für die Zukunft gut aufzustellen.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Bericht über das Investitionsvorhaben bei der S-Bahn Stuttgart zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Amt für ÖPNV



Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am 25.02.2019

Seite 9

Öffentlich

## § 2

Anpassung der Allgemeinen Vorschrift des Verbands Region Stuttgart über die Finanzierung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen in der Verbundstufe II im Verkehrs- und Tarif Verbund Stuttgart  
Drucksache 2019/005

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Dem Kreistag wird empfohlen, in seiner Sitzung am 6. Mai 2019 den Änderungen an der Allgemeinen Vorschrift des Verbands Region Stuttgart über die Finanzierung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen in der Verbundstufe II im Verkehrs- und Tarif Verbund Stuttgart, wie in der beigefügten Synopse dargestellt, zzgl. etwaigen Anpassungen, zuzustimmen.

Auszüge:

1 Amt für ÖPNV

**§ 3**Vorstellung Entwurfsplanung Anbau Sozialgebäude Straßenmeisterei BacknangDrucksache 2018/203

Landrat Dr. Sigel stellt das Gremium auf das Thema ein, indem er erklärt, dass man das Gutachten zur Fortentwicklung der Standorte des Straßenbetriebsdienstes vorgestellt habe. Man wolle sich perspektivisch auf zwei Standorte für den Betriebsdienst konzentrieren. Anfangen wolle man mit einer Erweiterung des Sozialgebäudes in der Straßenmeisterei Backnang, da dieses Projekt die höchste Dringlichkeit aufweise. Durch den Anbau wolle man für die Mitarbeiter direkt etwas verbessern. Mit den Standorten welche aufgeben werden sollen, dazu zähle Murrhardt und Schorndorf, könne man noch nicht konkret sagen was damit was passiere.

Herr Hein erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Landrat Dr. Sigel bedankt sich für den Vortrag. Man habe vor Ort im Rahmen einer Planungsbesprechung schon über die Haustechnik, speziell die geplante Heizung, diskutiert und wolle hier jetzt nochmals einsteigen.

Kreisrat Härtner erklärt, dass man im Land einen beschlossenen Sanierungsfahrplan bis zum Jahr 2050 für die im Kreis CO<sup>2</sup>-neutralen Gebäude habe. Der Kreis habe seiner Meinung nach eine Vorbildfunktion, bis zum Jahr 2050 klimaneutral zu sein. Mit einer Gasheizung sei man auf gar keinen Fall klimaneutral. Das Wärmegesetz schreibe die Nutzungspflicht für regenerative Energie vor. Dies müsse man seiner Meinung nach auf jeden Fall umsetzen. Kreisrat Härtner sehe eine Pelletheizung als nicht sehr wartungsbedürftig und als keinen großen Aufwand an. Auch dürfe es für die Mitarbeiter, welche in diesem Standort arbeiten, kein Problem sein, eine solche Pelletheizung mit zu betreuen. Bisher sei noch die Frage des Feinstaubes offen. Im Jahre 2010 wurde eine neue Vorschrift erlassen, welche den Feinstaub reduziert habe. Im Jahr 2015 wurde die Vorschrift für die Pelletheizungen auf 150 mg pro Kubikmeter jetzt sogar auf 20 mg pro Kubikmeter gesenkt. Den Stickoxidgehalt konnte man bereits auf 15 Prozent senken, daher sei der Feinstaub kein Problem mehr. In einer Pelletheizung spare man derzeit 70 Prozent mehr an CO<sup>2</sup> bei geringeren Kosten. Er ver-

steht es nicht, weshalb man an dieser Stelle solch eine Entscheidung mit der Gasheizung fällen könne.

Kreisrat Metzger sagt, dass er nicht auf das CO<sup>2</sup> Thema eingehen wolle, sondern auf die Realität. Das Gebäude welches umgebaut werden solle, sei ein Zweckbau. Wenn man sich die Pläne anschau, sehe man viele Rolltore, Türen, Fenster. Die Heizungsart müsse daher so sein, dass Wärme die verloren gehe, auch schnell wieder reinkomme. Eine Hackschnitzel-Heizung brauche eine gewisse Vorlaufzeit, bis sie warm werde. Man brauche ein System das effektiv funktioniere. Man dürfe dies nicht vergleichen mit einem Wohnhaus, es handle sich hier um einen Zweckbau. Es sei unstrittig, dass Pelletheizungen oder Hackschnitzelheizungen für die CO<sup>2</sup>-Belastung Vorteile bringen könne. Seiner Meinung nach sei eine Pelletheizung ungeeignet und nicht ratsam. Es müsse eine Heizung eingebaut werden, welche schnell aufheize.

Kreisrat Ulrich führt aus, dass seine Fraktion dem Vorschlag so zustimme. Nach Abwägung der Heizungsvariante stimme die Fraktion ebenso dem Vorschlag der Verwaltung zu. Es handle sich um einen Zweckbau und eine unkomplizierte Heiztechnik. Er findet es eine gute Sache, verstehe aber auch die Argumente von Herrn Härtner. Es gebe aber auch Vorteile von der Gasheizung was Service und Wartung angehe.

Kreisrat Jäger ist sich jetzt auch nicht mehr sicher, fand allerdings die Vorstellung der Straßenmeisterei gut und bedankt sich. In der Vorberatung habe man sich eigentlich für Gas entschieden. Allerdings habe er falsch lesen gelesen. Er habe bei den CO<sup>2</sup> Emissionen 277 zu 820 gelesen und dachte man würde einsparen. Jetzt sei es allerdings gerade andersrum. Die Differenz von Gas zu Pellets sei so groß, diese könne man nicht so einfach ausblenden. Man habe die Gemeindehalle in Großerlach im Jahr 2009 auf Pelletheizung umgebaut und habe die CO<sup>2</sup> Werte um 74 Prozent verbessert und die Anlage sei bisher störungsfrei, ausgenommen Kleinigkeiten. Die Partei sei sich daher noch unschlüssig, er selbst tendiere aber eher doch zu einer Pelletheizung. Kreisrat Jäger regt noch an, dass man schon bei dem Bau dann auf die Verwendung von Holz achte. Dies sei dann schon ein wesentlicher Beitrag zu Klimaschutz.

Kreisrat Hofer bedankt sich für die Präsentation und dass das Gremium so breit mit eingebunden wurde. Es laufe nun auf die Abstimmung hinaus, ob man mit einer Pellet- oder Gasheizung dem Vorschlag folge. Seine Partei neige allerdings dazu, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen. Es

sei ein Funktionsbau und bedarf einer schnellen Nachheizung. Er selbst habe eine Pelletheizung in seinem Wohnungsgebäude und es sei keine Frage, dass die Wartungszeiten häufiger seien. Wenn die Spindel der Pelletheizung von Staub befreit werden müsse, dann müsse man die Heizung auskühlen lassen. Auch im Winter. Ob das bei diesem Betrieb mit Winterdienst gut sei ist fraglich, daher neige die Fraktion eher zu einer Gasheizung.

Kreisrat Riedel erwähnt, dass die Diskussion zeige, dass die letzte Ausschusssitzung und die Berücksichtigung sich gelohnt haben. Man hätte eigentlich kein Gutachten gebraucht, da man diese Gutachten schon längst überholt habe. Dies sei auch ein Lernprozess für die Verwaltung. Man brauche nicht für alles eine gutachterliche Betreuung, man habe in den Gremien auch Sachverstand. Man sehe jetzt, dass die Bauweise mit Holz gehe, wenn man wolle. So gehe auch eine Pelletheizung, wenn man wolle. Nur wer eben auf dem Stand von vor zehn Jahren diskutiere, der finde natürlich viele Mucken an dieser Theorie. Er wünscht sich, dass man auf dem Stand 2019 und 2020 diskutiere.

Kreisrat Bezler sagt, dass er viele Argumente überhaupt nicht nachvollziehen könne. Man habe schon zum Ausdruck gebracht, dass eine Pelletheizung funktionell sei. Vermutlich werde ein Mehraufwand bei dieser Heizungsart auf den Kreis zukommen. Wenn man ökologisch denke, dann müsse man mit aber Mehraufwand rechnen. Wenn man an den Klimaschutz denke, dann solle man dies auch konsequent umsetzen.

Kreisrat Theile wiederholt, dass Herr Hein ein Fan von dieser Gasheizung sei. In den Plänen sehe man, dass es keine Möglichkeit für Pellet Lagerung gebe. Kreisrat Theile möchte wissen, mit welchen Kosten man dafür rechnen müsse und wo sich Herr Hein vorstellen könne, Räume dafür zu erstellen.

Kreisrat Heide teilt mit, dass Herr Theile genau das gesagt habe, was er fragen wollte.

Kreisrat Härtner steigt nochmals in die technische Seite und in die Rede von Herrn Riedel ein und legt nochmals dar, dass manche über den Stand von zehn bis fünfzehn Jahren diskutieren. Natürlich sei es ein Funktionsbau, aber dann könne dieser auch eine funktionsfähige Heizung haben. Eine funktionsfähige Heizung könne auch eine Pelletheizung sein. Vor Ort gebe es sicherlich auch

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am 25.02.2019

Seite 13

Öffentlich

genügend Firmen, welche sich mit dieser Heizart auskennen. Kreisrat Härtner steigt noch in das Thema Wärme ein. Jede Luftheizung funktioniere mit Gas oder Pellets in der gleichen Art und Weise. Man könne sogar Solar, als zusätzliche Heizungsart und Puffer einbauen. Einen Puffer brauche man sowieso, denn es gebe Mitarbeiter, die schnell Duschen wollen, oder dann viele Mitarbeiter auf ein Mal. Dies würde ohne Puffer nicht funktionieren. Man könne die Temperatur genauso mit Pellets hinbekommen.

Landrat Dr. Sigel weißt nochmals darauf hin, dass die gutachterliche Betrachtung der Standorte des Betriebsdienstes schon seit vielen Jahren Laufe. Herr Hein sei nun bestrebt, dieses Thema endlich umzusetzen. Hierfür müsse heute aber die Weichenstellung vorgenommen und eine Heizungsart beschlossen werde.

Herr Hein führt aus, dass man heute Entscheidung treffen müsse, damit der Zeitplan greifen könne. Er weist darauf hin, dass die Verwaltung sich die Entscheidung für eine Gasheizung nicht leichtgemacht habe. Er habe sich gut eingelesen in dieses Thema. Als Nachteil an einer Pelletheizung sehe er, dass es mehr Bauteile gebe, die störungsanfällig seien. Was man bei der CO<sup>2</sup> Einsparung einer Pelletheizung auch berücksichtigen müsse sei, dass der Ausstoß an Feinstaub deutlich höher sei als bei einer Gasheizung, man abhängig sei von der Zulieferung von Pellets und die Lieferung per LKW auch zu einem CO<sup>2</sup>-Ausstoß führe. Der Ausschlag für die Gasheizung sei das Argument, dass man ein Funktionsbauwerk für das Betriebspersonal der Straßenmeisterei baue. Die Mitarbeiter seien darauf angewiesen, dass die Heizung täglich störungsfrei funktioniere. Der Wunsch der Nutzer sei eindeutig eine Gas-Brennwert-Heizung. Technisch habe man die Möglichkeit, eine Pellets-Lagerung zu bauen. Welche Kosten dafür anfallen würden, könne er aus dem stehgreif verlässlich nicht sagen.

Landrat Dr. Sigel schlägt vor, über die Beheizungsarten separat abzustimmen. Die Kreisräte stimmen diesem Vorgehen zu.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss lehnt mehrheitlich bei 6 Ja-Stimmen

Einbau einer Gasbrennwertheizung

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am 25.02.2019

Seite 14

Öffentlich

ab.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt mehrheitlich bei 15 Ja-Stimmen den

Einbau einer Gasbrennwertheizung.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss stimmt der Entwurfsplanung für die Erweiterung und Modernisierung des Sozialgebäudes in der Straßenmeisterei Backnang zu.

Auszüge:

1 Straßenbauamt

1 Amt für Finanzen

1 Amt für Beteiligungen und Immobilien

**§ 4.1**Temporeduzierung auf den Bundesstraßen 14/29 / Antrag der SPD-FraktionDrucksache 2019/007

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass der Kreis für die Temporeduzierung auf den Bundesstraßen 14/29 nicht originär zuständig sei. Man habe diese Angelegenheit daher mit dem Regierungspräsidium Stuttgart geklärt. In bestimmten Ausnahmesituationen ist eine Temporeduzierung möglich, allerdings liegen diese Gründe auf den Bundesstraßen 14/29 nicht vor. So könne man mit der Temporeduzierung auf den Bundesstraßen 14/29 leider nicht in die Umsetzung gehen, da die rechtlichen Voraussetzungen fehlen.

Kreisrat Riedel kritisiert, dass man eine wenig ambitionierte Vorlage zu diesem Thema bekommen habe. Auf die Themen Lärminderung, Emissionen sei die Verwaltung fast gar nicht eingegangen. Die Fraktion gehe da schon weiter in den Erwartungen. Ihrer Meinung nach komme man durch langsames Fahren den Umweltzielen, der Lärminderung usw. näher. Das war das Ziel. Wenn man die Fahrtstrecke Plüderhausen bis Fellbach messen würden, würde man bei durchgehend 100 km/h vermutlich so schnell wie bei teilweise 120 km/h ankommen. Überall gehe man nach und nach auf Tempo 100 km/h runter.

Landrat Dr. Sigel widerspricht, dass man nicht wenig ambitioniert sei. Man habe nur rechtliche Vorgaben. Es gab auch im Rahmen der Remstal-Gartenschau ganz ambitionierte Überlegungen. So baue man neue Schallschutzwände mit Fotovoltaik mit Einbindung vom Regierungspräsidium und Land. Landrat Dr. Sigel gibt Kreisrat Riedel Recht, dass man so schnell noch nicht vorangekommen sei. Allerdings bleibe der Kreis an diesen Themen dran.

Kreisrat Hofer gibt Herrn Riedel Recht. Mit 100 km/h könnte man auch fahren. Kreisrat Hofer ärgert sich darüber, dass er das Thema im Kreistag seit 30 Jahren höre. Dieser Antrag sei mehrfach gestellt worden und immer mit gleicher Begründung abgelehnt worden. Dafür bittet er um ein gewisses Verständnis. Für die unterschiedlichen Tempolimits helfe nur eine einheitliche Rechtsgrundlage in allen Bundesländern.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am 25.02.2019

Seite 16

Öffentlich

Kreisrat Ulrich findet eine einheitliche Geschwindigkeit ebenfalls besser. Die unterschiedlichen Tempolimits finde er sehr gefährlich, nur der Kreis sei dafür eben nicht zuständig und könne daher nicht darüber entscheiden.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zum Haushaltsantrag der SPD-Fraktion über eine Temporeduzierung auf den Bundesstraßen 14/29 zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Straßenbauamt



**§ 4.2**Förderung von dynamischen Fahrgastinformationsanzeigern (DFI) an ÖPNV-Haltestellen / Antrag der CDU-FraktionDrucksache 2019/002

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass man für die Fahrgastinformationsanzeiger bereits ein Förderprogramm gehabt habe, welches aber nicht richtig gezogen habe, da die Anzeiger damals noch sehr teuer gewesen seien. Heutzutage bekomme man diese Anzeigen zwischen 3.000 Euro und 5.000 Euro. Daher habe man auf Antrag der CDU-Fraktion entschieden, das Förderprogramm nochmals aufleben zu lassen und der Kreis habe Mittel dafür eingestellt.

Kreisrat Jäger begrüßt es, dass man das Programm nochmals auflege.

Kreisrätin Sturm stimmt Kreisrat Jäger zu. Sie fragt nach, wer die Fahrgastinformationsanzeiger warte und was der Anhang der Drucksache bedeute.

Landrat Dr. Sigel antwortet, dass man als Landkreis die Wartung nicht übernehme. Man bezuschusse die Anzeigen, wenn die Kommune dies kaufe, allerdings müsse vor Ort geschaut werden, dass die Fahrgastinformationsanzeiger gewartet werden. Man rede hier über knapp 200 Haltestellen im Kreis. Insgesamt gebe es rund drei Mal so viele. Die Bushaltestellen haben einen Score (Bewertung) erhalten und seien jetzt im Anhang alphabetisch sortiert worden und nicht nach der Begutachtung. So seien die Orte leichter zu finden. Er weist darauf hin, dass nicht alle Bushaltestellen im Kreis mit dabei seien.

Herr Dr. Zaar ergänzt, dass man 862 Bushaltestellen im Kreis habe. Diese seien nach der Benutzung, dies entspreche den Ein-, Aus- und Umstiegs-Zahlen, und der Liniengewichtung betrachtet worden. Schlussendlich sollen nun 243 Haltestellen nach Empfehlung des VVS mit Fahrgastinformationsanzeigern ausgestattet werden.

Kreisrätin Dr. Fleischer ergänzt, dass es dann nur noch 242 Haltestellen seien. Nach Paragraph 1 der vorgelegten Fördersatzung sei nur die Erstbeschaffung förderfähig und in Fellbach an der Lu-

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am 25.02.2019

Seite 18

Öffentlich

therkirche stehe bereits ein Fahrgastinformationsanzeiger. Sie führt aus, dass es schon einige solcher Anzeiger gebe, allerdings keiner dieser funktioniere. Die Anzeige sei permanent schwarz. Man brauche keine Anzeige, wenn diese nicht funktioniere. Kreisrätin Dr. Fleischer regt an, dass es hilfreich sei, wenn man wisse, ob man den Bus an der nächsten Haltestelle erreiche oder nicht. Eine Echtzeit wäre wünschenswert.

Kreisrat Heissenberger möchte wissen, ob alle Kommunen mitmachen und ob es Fördervoraussetzung sei, dass die Rahmenvereinbarung des VVS zur gemeinsamen Beschaffung der Anzeiger unterschrieben worden sei.

Kreisrat Ostfalk fragt nach, ob er es richtig verstanden habe, dass es nach den Frequenzen der Aus- und Einstiegszahlen bemessen wurde. Wenn ja, finde er es überraschend, dass eine kleine Gemeinde mit einer größeren gleichgestellt werde.

Kreisrat Heide hinterfragt, welche Betriebskosten anfallen und wie die Daten übertragen werden. Außerdem interessiere es ihn, wie die Stromversorgung funktioniere.

Landrat Dr. Sigel antwortet auf die Fragen der Kreisräte, dass es in der ersten Runde nur zwei Anträge zu diesem Thema gegeben habe. Technisch habe sich aber bis heute viel getan. Natürlich funktioniere die Fahrgastinformation, wenn aber Leute meinen, man müsse Scheiben einschlagen, gebe es natürlich immer wieder Ausfallzeiten. Aber dieses Problem würde man auch die nächsten dreißig Jahre nicht in den Griff bekommen. Die Technik jetzt sei besser, werde besser und könne auch besser übertragen werden. Das Ziel sei die Echtzeit in der Fläche anzubieten. Dies bleibe aber eine kommunale Aufgabe.

Herr Dr. Zaar erklärt, dass es in der Tat eine Rahmenvereinbarung des VVS gebe, der man bis zum 28. Februar 2019 beitreten könne. Dadurch könne man die DFI-Anzeiger noch kostengünstiger bekommen. Man könne auch optional beitreten, was bedeute, dass man nicht direkt angeben müsse, wie viele Schilder man schlussendlich haben wolle. Der VVS habe die Auskunft erteilt, dass sich von 140 Kommunen in der Region Stuttgart, 54 Kommunen gemeldet hätten und man hoffe, dass man bis zum Ablauf der Frist am 28.02.2019 sogar mit 50 Prozent der Kommunen gerechnet werden könne. Derzeit gebe es schon über 1000 Anzeiger in der Region Stuttgart. Man wolle schaffen,

dass es gerade auch in kleineren Kommunen DFI-Anzeiger gebe. Es gebe noch einige Busunternehmen welche keine Echtzeitinformation anbieten, im Rahmen der europaweiten Vergabeverfahren im straßengebundenen ÖPNV achte man aber darauf und werde diese vorgeschrieben. Anfang 2020 werde dann jeder Bus dann Echtzeitdaten senden können. Die DFI-Anzeiger seien ein enormer Komfort, viele Schüler oder älter Menschen hätten keine Handys. Man wolle, dass der ÖPNV moderner und besser werde und auch die Barrierefreiheit stärken. Unter den Anzeigern gebe es eine Taste, durch deren Bedienung für seheingeschränkte und blinde Menschen die Echtzeitdaten vorgelesen würden. Für die Bewertung der Haltestellen habe man die Zahl der Ein-, Aus- und Umstiege genommen und die Liniengewichtung, also von wie vielen Buslinien eine Haltestelle angefahren werde. Die Stromversorgung sei heute einfach zu lösen. Man könne Solarpanels auf den Anzeiger anbringen. Der Betrieb liege dann in den Händen der Kommunen. Ebenso liegen die Betriebskosten bei der Gemeinde.

Kreisrat Riedel verweist darauf, dass Herr Dr. Zaar die objektiven Kriterien nochmals genannt habe. Er findet die Geschichte gut, der Kreis Sorge für ein bisschen Komfort. Wenn man manchen damit helfe, das Projekt zum Leben zu erwecken, könne es nur gut sein. Es sei Stand der Technik und der Kreis müsse dies anbieten. Bei einem Streik solle das Gerät in der Lage sein, anzuzeigen, dass keine Busse kommen.

Kreisrätin Sturm spricht die Busneuverkehre an und erklärt, dass die neuen Busbetreiber mit den neuen Bussen schlechter seien, als die Busse der OVR, wo die Anzeigen funktioniert haben. Die Sache laufe nur, wenn die Busse die Daten auch übermittelt bekommen. Wenn in den Bussen das System nicht funktioniere, dann könne die Anzeige-Tafel an den Bushaltestellen auch nicht funktionieren.

Landrat Dr. Sigel bittet Frau Sturm, dem Kreis zukommen zulassen, wo Unstimmigkeiten auftreten.

Kreisrat Ostfalk fragt nach, ob die Liste abschließend sei und nur die aufgelisteten Bushaltestellen von der Förderung profitieren könnten.

Herr Dr. Zaar bestätigt, dass nur die aufgelisteten Bushaltestellen vom VVS empfohlen wurden und nur diese gefördert werden würden.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am 25.02.2019

Seite 20

Öffentlich

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt mehrheitlich bei einer Nein-Stimme den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss stimmt der Förderung von dynamischen Fahrgastinformationsanzeigern (DFI-Anzeiger) im Rems-Murr-Kreis nach der beigefügten Förderrichtlinie zu.

Auszüge: 1 Amt für ÖP

**§ 4.3**Neue Wege der Direktvermarktung/Förderung regionaler und biologischer Landwirtschaft / Antrag der CDU-FraktionDrucksache 2019/001

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass man grundsätzlich gerne bereit ist, neue Wege in der Direktvermarktung zu bestreiten, allerdings fehle es derzeit noch an den hierfür erforderlichen Netzwerken. Das unternehmerische Thema wolle man als Verwaltung ebenfalls nicht abdecken.

Herr Stuber, Amtsleiter Landwirtschaftsamt, erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrätin Dr. Fleischer findet es eine gute Initiative und meint, dass man in diese Richtung gehen müsse um regionale Produkte an die Region oder die Leute im Kreis zu bringen. Sie fragt nach dem Leader-Projekt welches man mal für die Direktvermarktung gehabt habe und möchte wissen, in wie weit man dies durch eine Wiederförderung nochmals laufen lassen könne. Außerdem frage sie sich, was sich aus dem alten Projekt ergeben habe, da könnte sich ebenfalls ein Verkaufsladen entwickelt haben und wo zu diesem alten Projekt jetzt die Verbindungen bestehen.

Kreisrat Hundt erklärt, dass es wichtig sei, an diesem Thema dranzubleiben. Das Problem habe man jetzt gesehen, der Automat (Smark) sei zu groß gesprungen. Die Investitionskosten von 150.000 Euro und die Unterhaltskosten seien schon eine Hausnummer. Wenn man keinen Betreiber habe, sei es sowieso schlecht. Die Vermarkter seien auf ihren landwirtschaftlichen Betrieben, den Wochenmärkten oder dem eigenen Laden oft mehr als 12 Stunden beschäftigt, dass diese dann nicht noch die Federführung für ein solches Projekt übernehmen, sei klar. Wenn ein Automat bei den Landwirten auf dem Hofe stehe dann habe man kurze Wege und die Automaten können schnell befüllt werden. Die Sache sei diese, dass es sich um frische Produkte handle und diese müsse man pflegen. Trotz Kühlung sei es schwer die Produkte in einem großen Automaten von verschiedenen Anbietern frisch zu halten.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am 25.02.2019

Seite 22

Öffentlich

Landrat Dr. Sigel führt aus, dass das Limesplus-Leader Projekt weiter betreut werde. Aus dem Leader-Projekt seien bisher allerdings noch keine neuen Verkaufsläden entstanden. Bei der Leader-Geschäftsstelle habe man immer wieder Personalwechsel gehabt was sicherlich auch dazu beigetragen habe, dass das ein oder andere Projekt stecken geblieben sei. Man sei dieses Jahr auf dem Landwirtschaftlichen Hauptfest mit Leader auch dabei gewesen, dies sei bei vielen Direktvermarkter gut angekommen. Man unterstütze die Direktvermarkter auf sozialen Netzwerken und bei Verbindungen, könne allerdings sechsstellige Beträge unternehmerisch nicht investieren.

Kreisrat Jäger ergänzt, dass man das ambitionierte auch irgendwie von Unternehmer verlange. Solche Projekte können Netzwerke knüpfen, aber es könne nicht verlangt werden, dass das Landwirtschaftsamt als Betreiber eines Ladens dies betreut, damit alle Landwirte ihre Produkte verkaufen können. Hier sei Eigeninitiative der Landwirte gefragt. Der richtige Weg sei die breite Produktpalette verschiedener Anbieter. Daher sei dies jetzt nochmals ein guter Anstoß gewesen und er findet es gut, dass man an dem Thema dranbleibe. Denn wenn derzeit der Automat zu teuer sei, könne dies irgendwann wieder anders sein und daher sei es wichtig, an diesem Thema dran zu bleiben.

Herr Stuber erläutert den Tag der Landwirtschaft bei der Remstalgartenschau, anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigefügt ist.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Bericht über die neuen Wege der Direktvermarktung/Förderung regionaler und biologischer Landwirtschaft auf Antrag der CDU-Fraktion zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Landwirtschaftsamt

**§ 5**Verschiedenes

Landrat Dr. Sigel führt aus, dass man vom Ausschuss viel Vertrauen bekommen habe um den Beitrag für die Remstalgartenschau zu planen. Er erläutert die Auftaktveranstaltung am 23. Mai 2019 anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Landrat Dr. Sigel verweist unter anderem darauf, dass es für die Coffee to Go Becher einen Workshop geben werde.

Außerdem macht er auf die ausgelegten Broschüren, Wandern im Remstal, Radfahren im Remstal und das „Stadtradeln“ aufmerksam.

Er teilt ansonsten noch mit, dass die Beitrittsverhandlungen mit Göppingen zum VVS abgeschlossen seien. Den Kreis werde dies im 6-stelligen Kostenbereich entlasten. Wie viel das genau sein werde, werde sich noch zeigen.

Bei dem Thema Breitbandausbau sei man auf der Zielgerade, erklärt Landrat Dr. Sigel. Diese Woche am 27.02.2019 finde die Zweckverbandsgründung-Sitzung in Allmersbach im Tal statt. Diese Gemeinde sei auch die erste, welche von Telekom mit Glasfaser ausgebaut werde. Bis 2030 werde dann stetig weiter ausgebaut.

Kreisrat Riedel fragt nach, ob das Jobticket innerhalb der Bediensteten einen Schub gegeben habe.

Landrat Dr. Sigel antwortet darauf, dass es einen Schub gegeben habe und man das Ergebnis gerade für die Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusssitzung für den Quartalsbericht vorbereite.

Herr Dr. Zaar berichtet, dass es bisher ein besseres Ergebnis bereits gebe als man gedacht habe und hoffe, dass die Gelder welche man dafür eingestellt habe auch ausreichen. Man sei von 35 % mehr Mitarbeitern ausgegangen die das Jobticket in Anspruch nehmen und es sehe derzeit auch

gut aus. Im April komme die Tarifzonenreform noch dazu und man warte ab, ob sich dann noch einige Mitarbeiter für das Jobticket entscheiden.

Kreisrat Riedel fragt daraufhin nach, ob dies auch intern angeworben werde.

Landrat Dr. Sigel bestätigt dies und erklärt, dass es auch in der Mitarbeiterzeitschrift mit aufgenommen und angeworben wurde.

Kreisrat Heide fragt, ob der Zweckverband Glasfasernetz zusammen mit Telekom betrieben werde. Der Kreis wolle, dass diese Aktion erfolgreich sei. Dies könne nur geschehen, wenn die Telekom sich bemühe, seriöse Angebote zu machen

Landrat Dr. Sigel erläutert, dass der Zweckverband ohne die Telekom gegründet werde. Die Städte und Gemeinden, ausgenommen Schorndorf, werden mit der Telekom einen Kooperationsvertrag schließen. Die 30 Städte und Gemeinden haben verbindliche Angebote von der Telekom vorliegen, einschließlich eines Preisschildes. Die absoluten Details würden sich allerdings noch im Feintuning befinden.

Kreisrat Heide weist ausdrücklich darauf hin, dass es ihm wichtig sei, dass die Telekom dem Kunden verbindliche Angebote unterbreite. Nicht nur dem Kreis, sondern auch dem Kunden.

Herr Kretschmar führt aus, dass mit der Technik Glasfaser das Thema „bis zu“ erledigt sei. Es sei eine Technikfrage bisher und werde auch nach Glasfaser bestehen.

Landrat Dr. Sigel führt aus, dass man Wert darauflege, dass überall wo das Telekomnetz liege, weiterhin Wettbewerb beim Endkunden möglich sei. Der Privatkunde könne weiterhin festlegen, zu welchem Anbieter er gehe.



Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am 25.02.2019

Seite 25

Öffentlich

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

gez.

gez.

Dr. Richard Sigel

Sara Zaiss